



# Deutscher Reichstag.

61. Sitzung. Sonnabend, 29. Januar, 12 Uhr mittags.

Berlin, 29. Jan. Bei Beginn der Sitzung weisen die Tribünen eine hässliche Verlesung auf als das Thema. Der Minister der Reichsminister Braun und Reichsanwalter Müller.

Der Gegenwurf über die Mietssteuer wird demnächst dem Wohnungsausschuss überwiesen.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes für Landwirtschaft und Ernährung lautet der Abgeordnete Dr. Herz (U. S.) eine Beschränkung der Dienstautomobile. Die Führerpräsidenten haben das Gegenteil des Erwarteten erreicht.

Bei den 12 Millionen, die zur Herabführung einer Verkehrssteuer des Brotgetreides im besetzten Gebiet bestimmt sind, handelt es sich um eine Liebesgabe an die rheinische Landwirte. Auch die Gelder für die Beschaffung ausländischer Futtermittel sind noch ein Geschenk. Die Schweinezucht hat sich seit Juni v. J. sehr gehoben, wie aus der Viehzählung hervorgeht. Die Stadtverwaltungen sind nicht in der Lage, die Schweinefleischzucht abzufolgen, da schon der Sach von 12 März für das Land für die werksfähige Bevölkerung zu hoch wäre, geschweige denn 24 März, welche die Landwirtschaft verlangt. Wenn auch die Landwirte aber für einen Zentner Getreide 1½ Zentner Mais haben wollen, so übersteigt das doch alle Grenzen. Der Umrat wüßte in allen Schichten der Bevölkerung, selbst im Zentrum, zumal die Regierung auch bei der Kartoffelzucht versagt hat.

Berichterstatter Hg. Dr. Wind (Dem.) weist darauf hin, daß von einem Gesandten an die Agrarier seine Rede kein laun. Schon seit 1917 wird die Fruchtzucht durch eine neu eingeführte und befristete worden. Beschloßen ist die Fruchtzuchtprämie auch für dieses Jahr. Eine Minderung hat keinen Zweck, da die Reichsregierung diese doch bezahlen muß. Der Preis für ausländisches Getreide ist hoch, daß wir im April schon 50 Milliarden mehr zahlen müßten, bis zur neuen Ernte aber über 10 Milliarden. Andererseits müssen wir die Verluste der Regierung, das im Lande noch vorhandene Getreide zu erfassen, energig unterstützen. Der Ausfluß hat sich übrigens gegen Schweinefleischverträge ausgesprochen. Die Bauern folgen vielmehr: ihr Schweine gegen Mais liefern.

Hg. Weidner (Dn.): Die fortschreitende Entwicklung und Verfeinerung der Produktionsmethode hat es der deutschen Landwirtschaft ermöglicht, pro Hektar den Ertrag von 50 Kilogramm Fleisch zu liefern. Der jetzt von der Regierung eingeschlagene Weg des Austauschs von deutschem Brotgetreide gegen ausländische Futtermittel hätte schon viel früher befristet werden müssen. Wir verlangen, daß neben Brotgetreide auch Hafer und Gerste ausgetauscht werden. Durch die von der Regierung weiter so rigoro vorgenommenen Durchführungen der landwirtschaftlichen Betriebe wird die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft nicht gesteigert. Der Sach von 12 März ist durch die angemeinere Beschaffenheit der Ernte gegenüber dem Vorjahr vermindert worden, solange ihre Produktionsmittel so teuer sind. Der Ausgleichsbedarf für Getreideimportierung sollte aufgeföhrt werden. (Schluß reds.)

Hg. Duffe (D. Vpt.): Der sozialdemokratische frühere Ernährungsminister Schmidt rühme sich, die Brotpreise unter dem Erzeugerpreis gehalten zu haben. Das deutsche Volk ist dabei aber beinahe verhungert. Da die deutsche Brotgetreide nicht bekommt so gut, werden wir mindestens 2½ Millionen Tonnen Getreide aus dem Ausland beschaffen müssen. Wir erwarten, daß Minister Herzweg im frühlichen Geschehen sich seinem Amtsvorgänger Schmidt rechtsgleich eintritt und daß schon 18 Millionen Tonnen angefaßt sind. Wir sind nicht für Schweinefleischverträge, weil dabei nichts herauskommt. Das Brotgetreide läßt sich nur dann restlos erfassen, wenn den Landwirten Mais als Futtermittel gegeben wird. Diejenigen Landwirte, die ihr Brotgetreide restlos abliefern, müßten ihr Vieh hungern lassen. (Beifall.)

Hg. Reichenow (Dem.): Der Mais sollte gleichmäßig in die Landwirtschaft verteilt werden. Die kleinen Bauern sollten sich besonders entgegenkommen werden. Die Schweinezucht ist heute mehr als je das Arbeitsgebiet der kleineren und mittleren Bauern. Die Düngemittel sind ungemein hoch im Preise. Das Düngemittelproblem hat überall Völkerverderben und Unfrieden in die landwirtschaftliche Bevölkerung getragen. Wir bitten um auskömmliche Preise, auch um die Besetzung des Prämiensystems. Man sollte mehr Wert auf Produktion als auf Erhaltung und Verteilung legen. (Beifall.)

Hg. Diercke (Begr. Vpl.): Die Zwangswirtschaft steht eigentlich nur noch auf dem Papier. Das Umklappen verfahren nicht dem jetzigen System gegenüber den Vorzug verdienen, wenn auch ein Verzehrung des Brotes einzuordnen so wird doch viel mehr erzuget werden. Der Mais sollte in erster Linie den Landwirten geliefert werden, die ihrer Ablieferungsverpflichtung richtig nachgekommen sind. Wir stimmen dem Nachtragsetzt zu.

Hg. Robert Schmidt (Soz.) verweist auf die Mitteilung, daß wenn wir unser Brotgetreide aus dem Ausland beschaffen müßten, das Brot eben 15 Mark kosten würde, wie man da auf eine Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide hinarbeiten könne, sei ihm unverständlich. (Proteste reds.) Die Protekte sind nicht angebracht, weil ihnen der Zeitpunkt vor der Wahl unangenehm ist. In Wirtschaftlichen werden Sie die Aufhebung von Mandatverträgen will die Landwirtschaft nichts mehr wissen, weil dann die Preise gelunden sind. Die Ablieferungsverpflichtungen sind nicht eingehalten, deshalb müßten wir im Ausland kaufen, und zwar zu einer Zeit, wo der Dorsch auf 72 Mark fand, heute steht er 56. (Großer Lärm und Zurufe von links und rechts.) Die Regierung muß die Ablieferung des Getreides erzwingen. Wer will uns denn mehr machen, daß ein Durchschnitt von 350 Hl. das Stück nur die Produktionskosten deckt und bei 24 Hl. für ein Stück Schweinefleisch ist es nicht anders. Das ist doch die Regierung die verlangt, unser Volk in seiner Not nicht im Stich zu lassen. Die Arbeiterklasse verlangt, daß endlich mit dem Abbau der Preise ernst gemacht wird.

Hg. Dieck (Ztr.): Wir müssen vom Ausland unabhängig werden. Deshalb brauchen wir die Getreide, gegen die sich Hg. Herz gewehrt hat. Wir brauchen Kiospote und Futtermittel, speziell Mais, damit wir nicht Getreide und Kiospote zu verlieren brauchen. Wie der Getreideausfuhr der Minister sind wir einverstanden. Die Landwirtschaft will kein höheres Preis, aber die Preise lassen sich nicht auf Kommando abbauen. Die mangelhafte Getreideablieferung liegt an der schlechten Ernte, die nur 40 Prozent der Normalernte beträgt.

Reichsernährungsminister Herms: Die von Schmidt eingeleitete Politik der Mindestpreise hat sich nicht bewährt. Die Interkommunikation hat deshalb bestimmte Vorschläge gemacht, die auf der Ernährungsministerkonferenz besprochen werden. Welche Vorschläge in München geföhrt werden. Wenn wir die Vermittlung billiger Dünge Mittel, um von den niedrigen Preisen landwirtschaftlicher Produkte abhängig machen wollen, treiben wir doch den Landwirt dazu, das anzubauen, was ihm den meisten Gewinn bringt. Die Ablieferungsahlen sind höher als im Vorjahre gewesen. (Zwischenrufe links.) Natürlich seien auch Zurückhaltungen vorgenommen und Nachforderungen werden noch fortgesetzt. Von einer Katastrophe haben Lage der Brotgetreide Vorkommen können. Ich habe eine Rede im Bundestag vor dem 200. Vortag für den Kopf sei. Dann unsern Anteil im Ausland gehöhrt. Wenn der Absch unserer künstlichen Dünge Mittel im Ausland ist weiter so günstig entwickelt, wie Fischer, dürfen wir bald an einen Abbau denken. An Thomas-Kiospote haben wir das Beschäftigung eingeleitet wie im Vorjahre. Unsere Landwirte sind nicht in der Lage, allmächtig widerstandsfähig und wieder leistungsfähig zu werden. (Beifall.)

Hg. Himm (Soz.): Seit 1914 sind die landwirtschaftlichen Preise im allgemeinen gefallen worden, doch die Löhne bei weitem die Hauptkraft daran trägt. (Zwischenrufe.) Der Präsident Dr. Bell rügt den Ausbruch weidmänn. Die Landwirtschaft hatte mit den Ablieferungen zurück, deshalb müßten wir die teureren Einfäufe im Ausland machen.

Hg. Simon-Granten (U. S.) stellt fest, daß der Ausfuhrzucht 2 Millionen Tonnen Getreide, dann aber 1½ Millionen Tonnen anzukaufen, beschloßen habe als Vorbereitung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch. Heute seien aber nicht 1 Million Tonnen zur Stelle, damit habe sich der Minister als Minister gegen die Ernährungsminister.

Damit schließt die Debatte. Not- und Ergänzungsgetreide werden angenommen.

Es folgt der Rest des Vortages.

Alle schriftlichen Abfertigungen werden fortgelassen. Die Ansuchenpaträge werden, soweit sie nicht durch besondere Anträge abgeändert werden sollen, eingebracht.

Hg. Knecht (U. S.) wendet sich gegen das militärische Bildungswesen. Der Bundesrat hat darüber beschlossen, daß die Kriegsacademie in der ehemaligen Kriegsacademie sich lösen ausgedacht hat, das deswegen die sehr notwendige Austauschstelle für Kriegsbedienstete ermittelt werden mußte.

Reichsernährungsminister Dr. Herms: Ich erinne die Besetzung der Kritik an, aber von einem Wiederanfragen der Kriegsacademie kann natürlich keine Rede sein.

Hg. Simon-Granten (U. S.) bittet den Minister um eine klare Auskunft, ob das Nachweisedeure tatsächlich ermittelt werden soll.

Reichsernährungsminister Dr. Herms erwidert, diese Frage hängt von einer Verbindung mit dem Reichswehrminister gelöst werden.

Hg. von Gallwitz (Dn.) begründet die Notwendigkeit einer Vergrößerung der Heeresbediensteten.

Hg. Knecht (U. S.): Es kommt es nur darauf an, daß das Nachweisedeure nicht ernannt wird.

Die Abfertigung über diesen Etatteil wird ausgesetzt.

Beim Titel Nachrichten werden erörtert Hg. Seidel (U. S.): Die Nachrichtenabteilung organisiert einen Spieltheater, der auch die Zinnschmelzer, vor allem die Arbeiter nicht beschloßen.

Reichsernährungsminister Dr. Herms: Das Statutpaßt betrifft gar nicht die Militärpolizei, sondern Nachrichtenmittel. Dieser um. Weichman tratten Becht, alle Nachrichtenstellen aufzulösen, ist durchaus zölig gegeben worden. In einem einzelnen Falle, in dem untergeordnete Stellen sollen eingelen weitergeöhrt hatten, sind die Offiziere entlassen worden.

Hg. Schöpfung (Soz.) bittet den Minister, auf Bayern ein besonderes scharfes Augenmerk zu legen. Der Herr ist geradezu ein Unheimlicher. (Der Präsident Laube rügt den Nachdruck Saurwirtschaft.) Ich bitte den Präsidenten, die jüdische Eigenart zu berücksichtigen.

Reichsernährungsminister Dr. Herms: Auch ich sei das Spieltheater in der Seele verhaftet. Der kommunalpolitischen Legation müßte aber entgegengetreten werden. Die Schöpfung von Soldatenrat: könne niemals zugelassen werden.

Der Heeresetat wird jedoch genehmigt, desgleichen der Marinetat mit Ausnahme der Kapitel, zu denen Wänderausgaben vorliegen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr nachmittags: dritte Lesung des Not- und Ergänzungsgetreides und Interpellation über Oberchiefsen. (Schluß 5 Uhr.)

## Kunst und Wissenschaft.

Frau Grete Meißel-Geh in Not. Frau Grete Meißel-Geh ist erkrankt und in Not geraten. Sie hat sich in Frankfurt eine Kommission von Männern und Frauen gebildet, die gerne bereit ist, Geldleistungen entgegenzunehmen und sie im Interesse von Frau Meißel-Geh zu verwenden. Es wird gebeten, Mitteilungen und Sendungen zu richten an Frau C. Cramer, Hellerstraße 7 in Frankfurt.

Kulturhistorischen des Direktors Dr. Eckert vom Stettiner Stadttheater. Direktor Dr. Eckert vom Stettiner Stadttheater hat sein Rücktrittsgesuch eingebracht, da die Stadt für das Theater nur 300 000 Mark Subvention gibt, während Eckert erklärt, die Stadt nur mit einer Beihilfe von 80 000 Mark jährlich als Kulturscheiter weiterführen zu können.

## Hochschulnachrichten.

Der Direktor am Schellischen Museum für Kunsthistorie und Altertümer, Privatdozent für prähistorische Archäologie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Professor Dr. Hans Senger, ist zum Honorarprofessor bestellt ernannt worden. Von der Technischen Hochschule in München wurde dem Ingenieur Karl Friedrich von Siemens in Berlin-Siemensstadt, Vorstandsmitglied des Ausschusses der beiden Hochschulen Siemens-u. Halske und Siemens-Southern, in Anerkennung seiner Verdienste um die Besetzung des lehrerfachlichen Stabes im allgemeinen und der Berufungskommuna ihrer Gesamtziele insbesondere sowie wegen seiner Verdienste um die Lösung neuer wirtschaftlicher Aufgaben die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

## Provinzial-Nachrichten.

Schwamminer Nachrichten. Dr. A. Waidenburg, 29. Jan. Nach Mitteilungen des Provinzialpräsidenten Anhalt der Staatthalter Franz ist für Sonntag den 30. Januar, abends, ein Welterkundung von 3,45 Meter für Zogau zu erwarten. Aus dem Gebiet der Waibe und Saale werden

wachrechtlich in freistehendem Sinne durchzuführen. Seine Räume, die er schon im Herbst 1917 dem Landtage vorlegte, führten an dem Wäbereisen der Rechten und eines Teiles der Rechten überleben, bis sie im Oktober 1918, als der Landtag zum 12. Male wieder zusammen kam, durch die Zustimmung Jandens und in Eile angenommen wurden. Nach der Revolution hat Dr. Trems als Staatsminister für die Reform der inneren Verwaltung am Reichsanwalter Freyhaus mitgearbeitet. Der Gegenwurf über die Provinzialautonomie, der schon veröffentlicht wurde, und die neuen Städte- und Landgemeinbeordnungen, deren Fertigstellung vor einiger Zeit gemeldet wurde, sind im wesentlichen sein Werk. Außerdem wirkt er als Lehrer an der Verwaltungsakademie und der Hochschule für Politik. Eine reichliche Erfahrung auf verwaltungsdienstlichem und geschichtlichem Gebiet bringt der neue Präsident des Oberverwaltungsgerichts in sein Amt mit.

## Kaufmännisches Hilfswerk zur Linderung der Bekleidungsnot.

Die höchsten Bestimmungen der Freiübungen lassen auf absehbarer Zeit keine Gestaltung der Verhältnisse erhoffen, die es auch dem wirtschaftlich schwächsten Teile der Bevölkerung ermöglichen würde, den dringenden Bedarf an Kleidungsgegenständen im freien Markte zu decken. Wohlgenannte Arbeitsgemeinschaften haben sich gebildet, die den Hilfswerk zur Linderung der Bekleidungsnot unter Aufhebung erheblicher öffentlicher Mittel ausführen könnten, die Beschäftigten nicht verfaben sind. Was also soll geföhrt, um auch dem Vermitteln kein Ende und seinen Hof zu erschwinglichen Preisen zu sichern? Wir dieser für das Volkswohl entscheidend wichtigen Frage hat sich die neu gegründete Einheitsvertretung des beteiligten Geschäftsbereiches, der Reichsbund des Textil-Einzelhandels e. V. in Berlin, in seiner ersten Mitgliederversammlung am 26. Januar unter reger Anteilnahme von Seiten staatlicher Behörden und kommunaler Körperschaften eingehend beschäftigt. Die Beschlüsse fanden unter dem Eindruck der Ermächtigung, die der Kommission des Reichsministeriums, Geh. Reg. Rat Ministerialrat Reichardt, abgab, daß er nicht den Antrag stellen werde, die staatliche Textilindustrieübertragung über den 31. März d. J. hinaus zu verlängern, und die Verformung trotz dieser Sachlage durch die einmütige Entscheidung, die die Mindestbestimmten nunmehr zu einer Angelegenheit der Kaufmännischen zu machen. Der Einzelhandel ist bereit, sich unter Beachtung auf Gewinn und Verdienst an einer planmäßigen Versorgungsaktion zu beteiligen, die auf der Grundlage freier kaufmännischer Selbstverwaltung die gesetzmäßige Aufgabe in sachkundiger Weise und in einfachster Form zu lösen bestimmt ist. Der gute Wille und die Stärke des Einzelhandels reichen aber nicht aus, das beschlossene Unternehmen zu vollenden. Der Vorschlag, das Reichsministeriums bemerke mit Recht, daß auf einen vollen Einfuhr- und Verteilungsprozess, von Spinner bis zum letzten gewerblichen Verkäufer, sich zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamen Opfer verbinden. Jetzt ist es Sache der Industrie, zu beweisen, daß sie an Einsicht in soziale Notwendigkeiten und soziale Pflichten nicht hinter dem Einzelhandel zurückbleibt.

## Verföhrung der Militärrentenempfänger aus der Vorkriegszeit.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 21. Mai 1920 gilt nur für diejenigen früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht, die ihre Dienstleistung nach dem 31. Juli 1914 beendet haben und für die dieser Personen dieser Personen, also in der Hauptsache für die Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden. Für diejenigen früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen, die nicht unter das Reichsversorgungsgesetz fallen, die aber auf Grund früherer Gesetze Anspruch auf Versorgungsgebühren haben (das sind also die Empfänger von Versorgungsgebühren auf Grund einer Dienstleistung, die vor dem Wehrzeitgesetz beendet ist, die sog. Alt-Militärrentner oder Altrentner) ist ebenfalls eine Neuregelung der Versorgungsverhältnisse unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse in Aussicht genommen. Die Reichsregierung hat in einer Sitzung des Reichsausschusses Anfang Dezember 1920 die Erklärung abgegeben, daß bezüglich der Neuregelung der Versorgungsverhältnisse der Kriegsbeschädigten die Versorgungsgebühren des Reichsversorgungsgesetzes herbeizuföhren. Der Gegenwurf soll beschleunigt fertiggestellt und dem stehenden Körperparlament zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

## Statutenänderung der Einwohnerwehr.

Der Landesauschuß der bairischen Einwohnerwehr hat in diesen Tagen in seinen Sitzungen die §§ 9 und 10 geändert, worin bestimmt war, daß der Reichsausschuß der Einwohnerwehr nur, wenn der Reichsausschuß der Einwohnerwehr und dem Reichsausschuß der einzelnen Wehrkreise obliegt. Damit ist in dem von der Entente als „militärische Organisation“ bezeichneten Aufbau und Zusammenhang der Einwohnerwehr mit der Reichswehr eine doppelte Befolge gelegt. — Zur praktischen Verwirklichung des von manchen Seiten geföhrten allgemeinen Arbeitsdienstgesetzes wurde nach Auffassung des Landesauschusses die Einwohnerwehr; mitzurufen, besonders berufen sein.

## Um das Generalkommando in Danzig.

Um das ehemalige Generalkommando in Danzig ist zwischen dem Oberkommando General Haffing und dem Danziger Reichstag ein Konflikt entstanden. Der Reichstag hat das Generalkommando bezogen, weil in dem Landesausschuss der Provinz Wehrkreise in dem er zuerst tagte, nicht genügend Platz war. General Haffing, der bei seinem ersten Aufenthalt in Danzig als Chefbesitzer der alliierten Besatzungsgruppen das Generalkommando bewohnte, erhob jetzt wieder Anspruch auf dieses Gebäude, das mit erheblichem Kostenaufwand für den Gebrauch des Parlaments umgebaut ist. Alle bisherigen Verhandlungen zwischen dem Senat, dem Präsidium des Reichstages und dem Oberkommando sind gescheitert. Da nach Art. 10 des Friedensvertrages dem alliierten Mächten das alleinige Verfügungsrecht über die ehemals preussische Gebäude, zu denen auch das Generalkommando gehörte, zusteht, muß die Danziger Regierung, die es in einem Briefe an den Reichspräsidenten Dr. Ebert betonte, die Entscheldung der Reichsausschusses beantragen.





# Aufmarsch zum Entscheidungs-Kampf!

## Preussische Männer und Frauen!

### Zwei Jahre eines Regiments rücksichtsloser Parteisucht und rechtloser Willkür

auf der einen, verderblichen Schwäche und Unfähigkeit auf der anderen Seite **drohen alles zu zerstören**, was den Preussischen Staat und den preussischen Namen gross gemacht hat: die **Autorität des Staates** und der **Gesetze**, die **Unparteilichkeit der Verwaltung** und **Rechtspflege**, die **Sicherheit** und den **Arbeitsfrieden** in Stadt und Land, die **gesunde Ordnung der Finanzen**, den **Hochstand unserer Wissenschaft**, die **christliche** und **nationale Erziehung** unserer Jugend.

### Roter Terror

darf sich offen entfalten, die Verbrechen mehren sich in erschreckendem Masse, der ordnungsliebenden Bevölkerung aber wird, gegen die Reichsverfassung, gegen die Reichsregierung und selbst gegen die klare Rechtsbelehrung des zuständigen preussischen Ministeriums, von der Regierung, die den Staatsbürger nicht zu schützen imstande ist, noch der friedliche Selbstschutz untersagt! **Nicht der Tüchtigen**, sondern der

### parteipolitische Streber

hat heute in Preussen freie Bahn. **Wucher- und Schiebertum** blühen weiter und die Regierung begünstigt noch einen Massenstrom **unlauterer östlicher Elemente**, während die einheimische Bevölkerung unter schwerster Nahrungs- und Wohnungsnot leidet.

Diese Misswirtschaft hat dem Rufe „Los von Berlin“ eine gefährliche Kraft gegeben. Die Regierung führt ihm durch **bürokratischen Zentralismus** täglich neue Nahrung zu und hat ihm nichts entgegenzusetzen als eine **Autonomie-Gesetzgebung**, welche die auflösenden Tendenzen eher zu fördern als zu beruhigen geeignet ist.

Die **Deutschnationale Volkspartei** fordert die Abkehr von einem System, das den durch den Versailler Gewaltfrieden schon am meisten von allen deutschen Ländern geschwächten Preussischen Staat noch von innen heraus zerstört und dessen Herrschaft in Preussen zugleich die Ansätze zu neuer Ordnung im Reiche bedroht.

### Die deutschnationale Volkspartei verlangt

Wiederherstellung **staatlicher Autorität**, fachkundige, unparteiliche, vereinfachte und billige Verwaltung, wirksamen Schutz für Personen, Eigentum, Sicherung unparteiischer Rechtspflege.

Sachgemässe Behandlung und **Pflege der Landwirtschaft**, Sicherung der landwirtschaftlichen wie aller Selbstverwaltung gegen bürokratische Willkür und Bevormundung, eine nach sachlichen Gesichtspunkten planmässig durchgeführte Kultivierungs- und Siedlungspolitik.

**Förderung von Industrie, Handwerk und Handel;**

### Schutz des schwerbedrängten Mittelstandes;

rechtliche und wirtschaftliche Sicherung der Beamten, einschliesslich der Lehrer und Gemeindebeamten; Schutz und Anerkennung aller ehrlichen Arbeit, der geistigen wie der körperlichen; gleichberechtigte Einordnung der Handarbeiterschaft in die soziale Arbeitsgemeinschaft des ganzen Volkes.

**Pflege christlichen und vaterländischen Geistes** in den Schulen, Achtung der Elternrechte, umfassende Jugendpflege, Erhaltung der einzigartigen Stellung unseres Hochschulwesens, Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Dozenten und Studenten auf der Grundlage der bewährten akademischen Freiheit.

**Freiheit der Kirchen** und ihrer Diener, Achtung ihrer wohlverworbenen Rechte.

### Strengste Sparsamkeit,

gerechte Besteuerung unter Beachtung volkswirtschaftlicher u. sozialer Gesichtspunkte; **rücksichtslose Bekämpfung von Wucher- und Schiebertum**, Luxus und Prasserei.

Pflege der **Volkswohlfahrt** und Volksgesundheit, Massnahmen gegen die Wohnungsnot.

Durchdringung des gesamten Volkslebens mit deutschchristlicher Gesinnung und Gesittung, Bekämpfung jedes **undeutschen Geistes**, mag es von **jüdischer** oder **anderer** Seite kommen.

Die Deutschnationale Volkspartei sieht in einem **festgeordneten Deutschen Reich** die notwendige Grundlage deutscher Grösse. Die Liebe zum Reich kann im deutschen Volke nur lebendig erhalten werden bei **Erhaltung des Eigenlebens** und bei gleichberechtigter Mitarbeit seiner Glieder. Deshalb vertritt die Deutschnationale Volkspartei einen

### gesunden Föderalismus,

der im Rahmen einer starken Reichsgewalt den Ländern ein selbständiges staatliches Leben belässt. Sie verlangt für die deutschen Einzelstaaten vor allem Freiheit in der Wahl ihrer Staatsform und das zur Erfüllung ihrer geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Kulturaufgaben nötige Mass **finanzieller Bewegungsfreiheit**.

### Die Deutschnationale Volkspartei tritt ein für ein unzerstückeltes, ungeschmälertes, Preußen.

Seine staatenbildende Kraft kann das Reich für seinen Wiederaufbau ebensowenig entbehren wie den Geist, der Preussen grossgemacht hat: **Den Geist der Einfachheit und Sparsamkeit**, der Ordnung, Arbeit und Selbstzucht, selbstloser Pflichterfülle und Hingabe der Einzelnen an das Ganze, straffer Zusammenfassung aller Volkskräfte zum Dienst am Vaterlande.

Diesen Geist gilt es am 20. Februar in Preussen wieder zum Siege zu führen!

Preussische Männer und Frauen! Am Wahltage ist

### die Entscheidung über Preussens Zukunft,

zugleich über Euer eigenes Schicksal in Eure Hand gegeben. Die rote Herrschaft über Gross-Berlin mit ihrer **schamlosen Krippenwirtschaft** und ihrer die mittleren Volksklassen am schlimmsten treffenden Steuerpolitik zeigt, wohin **Wahlsünmigkeit** der ordnungsliebenden Bevölkerung führt!

Preussische Männer und Frauen! Fünf Jahrhunderte brandenburgisch-preussisch-deutscher Geschichte, dieses **unsterblichen Heldenliedes von Arbeit und Mühsal, Kämpfen und Siegen**, Geist und Schwert, schauen am 20. Februar auf Euro Entscheidung. An diesem Tage fallen die Würfel darüber, ob das Werk der grossen Hohenzollernfürsten, Steins und Bismarcks völlig in Trümmer gehen soll, oder ob **preussisches Pflichtgefühl** und tapferer **preussischer Wille** aus dem **Dunkel der Gegenwart** noch einmal zurückfinden zu dem Wege, der Preussen und Deutschland zu Ruhm und Grösse führte!

Wer Preussen wieder zu neuer Kraft, den preussischen Namen zu neuen Ehren bringen, wer Preussen stark erhalten will als den Eisenreif in der Krone neuer deutscher Zukunft, der gebe am Tage der Preussenwahl seine Stimme ab für die

# Deutschnationale Volkspartei!